

Vatikandiplomatie

Papst Franziskus und Israel / Palästina

Ulrich Schlie

„Lasst die Waffen schweigen! Sie bringen niemals Frieden, lasst den Konflikt sich nicht weiter ausbreiten! Genug, Brüder! Genug!“ Es war nur eine kurze Stellungnahme zum militärischen Vorgehen Israels gegen die Hamas, die Papst Franziskus am 12. November 2023 beim Angelusgebet vor Tausenden von Gläubigen auf dem Petersplatz abgab, aber sie hatte es in sich. Schon am Tag nach dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober hatte der Papst dazu aufgerufen, die Gewalthandlungen einzustellen. Jeder Krieg sei eine Niederlage. Täglich erreichen uns seitdem neue Bilder vom Vormarsch der israelischen Armee bei ihrer Bodenoffensive im Gaza-Streifen als Reaktion auf den feigen Terrorangriff der Hamas und die Geiselnahmen vom 7. Oktober. Seitdem befindet sich Israel im Ausnahmezustand. Der Angriff war unvorbereitet gekommen und hat Israel am empfindlichsten Punkt getroffen, seine Verwundbarkeit und die Exponiertheit seiner strategischen Lage gezeigt. Die Woge der nationalen Einigung, die Israel seitdem erfasst hat, ist der extremen äußeren Bedrohung geschuldet. Die inneren Spannungen werden nach der Bewährungsprobe umso deutlicher hervortreten, weil sie mit der Schuldfrage für Versäumnisse verbunden sind. Das Problem der israelischen Kriegsführung ist auch, dass das strategische Ziel, die Hamas als terroristische Organisation und damit als Faktor insgesamt auszuschalten, äußerst weit gefasst ist.

Für den Nahen Osten hat eine neue Zeitrechnung begonnen, die Weltlage ist prekär. Die Gefahr einer Eskalation, eine Ausweitung der Kampfhandlungen etwa durch ein Eingreifen der vom Iran gesteuerten Hisbollah aus dem Südlibanon gegen Israel, liegt im Bereich des Möglichen. Kriegskalküle sind nie ausschließlich rational, und immer wieder kommt es zu Fehleinschätzungen. Ein Mehrfrontenkrieg wäre für Israel ein Alptraum.

Das Echo auf die Papstworte vom 12. November fiel geteilt aus. In Israel wurde sein Appell als verstörende Einmischung in die inneren Angelegenheiten empfunden. Die Reaktion des israelischen Außenministers, der die Äußerungen in aller Schärfe als „nicht hinnehmbar“ bezeichnete, widersprach den üblichen diplo-

matischen Gepflogenheiten und zeigt die Tiefe der Verletztheit. Die Äußerungen des Papstes heben sich zudem von der klaren Stellungnahme des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, ab, der von „feigen Attacken der Hamas“ sprach. Sie finden allerdings ihre Entsprechung in den ebenfalls in ihrer Zweideutigkeit Verwunderung hervorrufenden Einlassungen des Generalsekretärs des Genfer Weltkirchenrates.

Kriege sind heute wieder führbar geworden. Der Terrorangriff der Hamas fällt in die Rubrik der asymmetrischen Kriegführung, und auch die Reaktion der israelischen Streitkräfte hat vor allem Züge einer Geiselfreiungsaktion. Die Sorge des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, dass die Regeln des Völkerrechts in diesem Konflikt nicht eingehalten werden können und sich im Gaza-Streifen eine humanitäre Katastrophe ankündigt, haben sich als berechtigt erwiesen, müssen jedoch berücksichtigen, dass der Terrorangriff der Hamas am Beginn der Auseinandersetzung stand.

Was die Stellungnahme von Papst Franziskus vom 12. November so prekär macht, ist, dass sie als neutrale Stellungnahme der Äquidistanz gewertet und der besonderen existentiellen Gefährdung Israels nicht gerecht wird. Denn die bestürzende Grausamkeit, mit der die Hamas vorgegangen ist, ist nicht anders zu verstehen als die in die Tat umgesetzte Ankündigung eines Genozids am jüdischen Volk für den Tag, an dem der Staat Israel besiegt ist. Insofern sind die harschen israelischen Reaktionen nachvollziehbar. Würde man die Einlassung des Papstes als bloßen Friedensappell verstanden wissen wollen, so wie er wiederholt im Ukrainekrieg Stellung bezogen hat, würde dies ganz auf der Linie der Friedensbemühungen seiner Vorgänger sein. So hat Papst Pius XII. am 24. August 1939 in seinem Appell mit den Worten „Nichts ist mit dem Frieden verloren, aber alles kann verloren werden mit dem Krieg“ einen letzten Aufruf an Hitler und die Mächte gerichtet, dem scheinbar unausweichlichen Weg in den Krieg Einhalt zu gebieten.

Die Papstworte vom 12. November 2023, so spontan sie auch gefallen sein mögen, müssen vor allem in ihrer noch gar nicht abzusehenden langfristigen Wirkung im Zusammenhang mit dem christlich-jüdischen Dialog bewertet werden. Es war nach dem tiefen Einschnitt der Schoah ein langer Weg, der Christen und Juden endlich näher zusammengeführt hat, weil es gewissermaßen von Anfang an

„Nichts ist mit dem Frieden verloren, aber alles kann verloren werden mit dem Krieg.“

ein schwieriges, vielschichtiges Verhältnis in der Kirchengeschichte gewesen ist, das beide miteinander verbindet. Entsprechend schwierig hatte sich beim Zweiten Vatikanischen Konzil der Weg gestaltet, der dann in der Erklärung *Nostra Aetate* über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen in der eigens dort ausgebrachten Passage über die jüdische Religion zu einem bemerkenswerten Neuanfang führte: „Im Bewusstsein des Erbes, das sie mit den Juden gemeinsam hat“, heißt es in dem Dokument, „beklagt die Kirche, die alle Verfolgungen gegen irgendwelche Menschen verwirft, nicht aus politischen Gründen, sondern aus Antrieb der religiösen Liebe des Evangeliums alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgendjemandem gegen die Juden gerichtet haben.“ Neben der theologischen Dimension ist das Verhältnis immer auch von völkerrechtlichen Überlegungen bestimmt gewesen.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg stand man dem Teilungsplan aus Sorge um die christliche Minderheit zurückhaltend gegenüber. Andererseits unterstützte man die dann gescheiterte Idee der UN-Resolution 181 im November 1947, die Jerusalemfrage mit der Schaffung eines *Corpus separatum* zu internationalisieren, weil dies den Zugang zu den Heiligen Stätten erleichtert hätte. Diese beiden Motive haben lange Zeit die vatikanische Nahostpolitik bestimmt, die unter Pius XII. durch ihr Plädoyer für die Internationalisierungsforderung und eine gewisse Indifferenz gegenüber dem Staat Israel charakterisiert war. Die Enzyklika *Redemptoris Nostri Cruciatu*s aus dem Jahr 1949 steht für diese Linie.

Erst mit dem Apostolischen Schreiben *Redemptionis anno* 1984 unter Johannes Paul II. wurde das Existenzrecht Israels und dessen „Recht, in Sicherheit und Ruhe zu leben“, anerkannt. Darin heißt es, der Heilige Stuhl habe „bei unzähligen Anlässen zum besonnenen Überlegen aufgefordert und gemahnt, eine angemessene Lösung für das komplexe und heikle [Jerusalem-]Problem zu finden.“ Das Lehrschreiben enthält ein an alle Völker des Nahen Ostens gerichtetes ausdrückliches Bekenntnis zur Überwindung der „tragischen Ereignisse, in die sie verstrickt sind“. Und es enthält das Zugeständnis an das palästinensische Volk „aus gerechtem Grund“ das natürliche Recht, wieder eine Heimat zu finden, „um in Frieden und Ruhe mit den anderen Völkern der Region leben zu können.“ Bemerkenswert aber ist vor allem, dass in dem Dokument für das jüdische Volk „um die gewünschte Sicherheit und gerechte Ruhe gebeten“ wird, „die das Vorrecht jedes Volkes und die Voraussetzung für Leben und Fortschritt jeder Gesellschaft sind.“ Die Zwei-Staaten-Lösung, wie sie von der Nahostsynode 2010

bestätigt wurde, und das Recht Israels auf eine souveräne, unabhängige Heimat sowie ein Leben in Würde, wie es Papst Benedikt XVI. bei seiner Pilgerreise ins Heilige Land bekräftigen sollte, wurden hier als nachdrückliche Positionierungen vorbereitet. Erst 1993 erfolgte die Anerkennung Israels als Völkerrechtssubjekt. Mit dem Grundlagenabkommen vom 30. Dezember wurden die Voraussetzungen für den Austausch von Botschaftern ein halbes Jahr später geschaffen. Sehr lange hatte man die Zurückhaltung in der Anerkennungsfrage mit diplomatischen Begründungen erklärt.

Der heutige Stand des christlich-jüdischen Dialoges zählt zu den Errungenschaften der Katholischen Kirche. Er hat sowohl eine Neubestimmung der theologischen Position zum katholisch-jüdischen Verhältnis als auch eine völkerrechtlich-politische Positionierung zum Gegenstand. Der Blick zurück zeigt, wie mühsam dieser Weg gewesen ist und wie lange es gedauert hat, sich von Positionen zu verabschieden, die von Überinterpretationen der eigenen Geschichte geprägt waren und die auf der jüdischen Seite schmerzvolle Reaktionen, auch Verletzungen ausgelöst haben. Diese schmerzvollen Reaktionen mögen auch die ein oder andere Überreaktion erklären.

Die jüngsten Ereignisse erlauben es, nachzuvollziehen, wie sehr die Ausnahmesituation Denken, Fühlen und Handeln Israels und seiner Bürger bestimmt. Christen und Juden haben in der Geschichte einen langen, gemeinsamen Weg zurückgelegt. Es bedurfte des Zivilisationsbruchs der Shoah, um nach dem Zweiten Weltkrieg in einem mühsamen Prozess das Überfällige zu tun. Ausgerechnet jener abscheuliche Völkermord der Nationalsozialisten hat eine Annäherung zustande gebracht, die der Geschichte abgerungen werden musste. Papst Benedikt hat bei seinem Besuch im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau am 28. Mai 2006 den „Notschrei des leidenden Israel an Gott in Zeiten der äußersten Bedrängnis [... als] Notruf all derer in der Geschichte [gedeutet] – [die] gestern, heute und morgen –, [...] um Gottes willen, um der Wahrheit und des Guten willen leiden“.

Papst Benedikt XVI. hat den Ort des Konzentrationslagers als den Ort der Schoah und des Gedächtnisses begriffen, und er wusste, dass das Vergangene nie bloß vergangen ist: „Es geht uns an und zeigt uns, welche Wege wir nicht gehen dürfen und welche wir suchen müssen.“ Diese Mahnung als Lehre der Geschichte ist zugleich ein guter Wegweiser für unsere Diplomatie und unsere Sprache in einer für den Staat Israel existentiell kritischen Lage. †